Fritz Hofmann
Eisenacher Aufbruch

Redebeitrag zum Haushaltssicherungskonzept in der Stadtratssitzung am 2.12.2014

Sehr geehrte Damen und Herren,

Was hat Jean-Claude Juncker mit dem Haushaltssicherungskonzept der Stadt Eisenach zu tun? Es sind vier Buchstaben: KPMG.

Die vier weltweit führenden Beratungsunternehmen, zu denen KPMG gehört, haben gemeinsam mit dem Luxemburger Staat unter Herrn Juncker trickreiche Steuerdumping-Modelle entwickelt, mit deren Hilfe die Deutsche Bank, Eon, Fresenius, Amazon oder IKEA Steuermilliarden eingespart haben. Milliarden, die unter anderem Deutschland entgangen sind. KPMG hat gut daran verdient.

Es ist übrigens auch die gleiche Firma, die bei den beiden Skandalfirmen Flowtex und Comroad die Abschlüsse als korrekt testiert hatte, wo fast der ganze verbuchte Umsatz frei erfunden war und im großen Stil Scheingeschäfte abgewickelt wurden.

KPMG, die gleiche private, profitorientierte Beratungsfirma, die mithilft, den deutschen Staat arm zu machen, berät nun diesen armen Staat dabei, die Armut auf die Bevölkerung abzuwälzen. Und KÜMG verdient wieder nicht schlecht dabei.

Gestatten Sie, dass ich es pervers finde, ein Haushaltssicherungskonzept ausgerechnet auf ein Gutachten dieser ach so „unabhängigen“ Firma aufzubauen!

Eisenach ist nicht notwendigerweise arm und auch nicht selbst verschuldet, sondern arm gemacht durch Bundes- und Landesgesetze, während Großbanken gerettet und Großkonzerne steuerfrei gestellt werden.

Das sind Gesetze, die von CDU, SPD, Grünen und FDP in wechselnder Zusammensetzung verbrochen wurden. Dazu zwei Beispiele:

Beispiel 1:
Die Gewerbesteuer wird im Koalitionsvertrag der GroKo als tragende Säule der kommunalen Finanzen bekräftigt. Das ist ein schlechter Witz, denn diese Säule ist nicht verlässlich planbar, völlig abhängig von Unternehmensgewinnen und deren missglückten Verschleierung.

Beispiel 2:
Die Sozialausgaben erdrücken die Stadt, wie es Kollege Klostermann in der Einwohnerversammlung so treffend ausdrückte. Sozialausgaben, die vor allem unter der SPD-Grünen-Regierung so beschlossen wurden und die eigentlich nach dem Verursacherprinzip auch vom Bund komplett getragen werden müssten.

Es verwundert nicht, dass in dem KPMG-Gutachten wunderliche Vorschläge enthalten sind wie die Abschaffung des eigenständigen Rechnungsprüfungsamtes was rechtlich gar nicht geht oder die Liquidierung von zweiköpfigen Fraktionen im Stadtrat, die es gar nicht gibt usw.

Andere Vorschläge hätten nicht unbedingt teure Experten erfordert, da sind Eisenacher

Bürger schon längst drauf gekommen, wie z.B. dass Betriebe, die der Stadt gehören, einen Teil ihrer Gewinne abführen sollten.

Dabei ist das KPMG-Gutachten mit seinen Vorschlägen allerdings teilweise so rabiat vorgegangen, dass die Gefahr einer Insolvenz von Betrieben drohen könnte wie in Gera oder dass sich die Betriebe das Geld über Gebühren oder Mieten bei den Bürgern zurück holen müssten.

Ich verweise auf die Stellungnahme der Sportbad Eisenach GmbH, die von einer zweiten Wirtschaftprüfungsgesellschaft die Zahlen der KPMG hatte gegenprüfen lassen. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass KPMG teilweise mit falschen Zahlen operiert. Während das vorliegende Haushaltssicherungskonzept auf Grundlage der KPMG-Zahlen für dieses Jahr von einer Gewinnausschüttung von 544 TEUR ausgeht, kommt das zweite Gutachten zu dem Schluss, dass maximal 272 TEUR ausgeschüttet werden können, also exakt die Hälfte.

Ungeachtet dieser Einwände will die Stadt 544 TEUR entnehmen.

Zusätzlich soll die Sportbad GmbH noch 4,25 Millionen an Rücklagen ausschütten, was die Wirtschaftsprüfer ebenfalls als nicht durchführbar bewerten.

Aber auf solchen Zahlen baut das Konzept auf.

Abgesehen davon enthält das vorliegende KSK die inzwischen schon gebräuchlichen Zumutungen: Erhöhung der Grundsteuer um nochmal 17%, weitere Gebührenerhöhungen bei Kitas, Musikschule, Parken usw.

Was am meisten Wirbel verursacht hat ist die geplante Erhöhung der Hundesteuer.

Hier liegen verschiedene Änderungsanträge vor, die aber auch alle eine Erhöhung beinhalten.

Allerdings steht nach meinen Informationen ein noch weit größerer Proteststurm bevor, wenn der Stadtrat heute tatsächlich den Grundsatzbeschluss fassen sollte, zwei Museen zu schließen, die Reutervilla zu verkaufen und die Zuschüsse für das Theater zu halbieren, schamhaft auf das Jahr nach dem Reformationsjubiläum verschoben.

Ist denn überhaupt bekannt, was für ein Juwel am Fuße der Wartburg steht und für 300.000 EUR verkauft werden soll? Das Haus ist 1863 von Ludwig Bohnsedt für Ernst Reuter erbaut worden, der bekannte Gothaer Architekt, der damals auch einen Architektenwettbewerb um den Reichstag gewonnen hatte. Das Haus wurde dann 1897 von Josef Kürschner als Reuter-Wagner-Museum eröffnet mit der zweitgrößten Wagner-Sammlung der Welt von Nicolaus Österlein.

Führende Thüringer Museumsfachleute haben die Hände über dem Kopf zusammen geschlagen, als sie von diesen Plänen hörten und die überregionale Presse beobachtet ganz genau, was dazu heute beschlossen wird.

Das würde die gesamte Kulturlandschaft Eisenachs ins Mark treffen. Mit dem Orchester würde auch die Musikschule buchstäblich den Bach runter gehen - und der Tourismus würde ebenfalls erheblich geschädigt.

Ich warte schon auf den Einwurf, ich hätte ja bei der gemeinsamen AG mitmachen und Verbesserungsvorschläge einbringen können.

Genau das habe ich bewusst nicht gemacht, weil die ganze Beratung aus meiner Sicht unter einem erpresserischen Diktat steht, das vom Land vorgegeben ist. Ich weigere mich Vorschläge zu machen, ob das Geld den Bürgern besser aus der linken oder der rechten Hosentasche gezogen werden soll, ob die Reutervilla oder das Stadtschloss verkauft wird. Das ist nicht meine Vorstellung von Bürgerbeteiligung, wo am Ende alle ihre guten Kürzungsvorschläge in ein falsches Konzept einbringen und dann mitverantwortlich sind.

Ein Bürger hatte kürzlich bei der Einwohnerversammlung völlig zu Recht gesagt, dass wir Eisenacher nicht über unsere Verhältnisse gelebt haben. Der Reichtum, der von den Bürgern erwirtschaftet wird, kommt nur der Stadt nicht zu Gute. Die strukturelle Unterfinanzierung der Städte ist durch Gesetze bewusst so herbeigeführt worden. So lange das so ist, weigere ich mich, der Erpressung des Landes immer wieder nachzugeben.

Eine kommunale Selbstverwaltung existiert schon lange nicht mehr. Wenn ich als Stadtratsmitglied nur noch alternativlose Zahlen absegnen darf, kann man auch gleich einen Zwangsverwalter einsetzen. Einen Gestaltungsspielraum gewinnt die Stadt selbst dann nicht, wenn alle Zumutungen dieses Konzepts umgesetzt würden.

Ich appelliere an alle Stadtratsmitglieder, sich nicht hinter Ausflüchten zu verstecken, dass alle Maßnahmen noch einmal einzeln abgestimmt werden müssen. Wer gegen einen solchen Kahlschlag ist, muss jetzt mit NEIN stimmen!